



CDU

Konsens der Kohle-Kommission 1:1 umsetzen

Beschluss des 42. Landesparteitags der CDU Nordrhein-Westfalen
4. Mai 2019 | Düsseldorf

Ob Steinkohle oder Braunkohle: Die Kohle hat Nordrhein-Westfalen groß, wirtschaftsstark und wohlhabend gemacht. Ohne sie hätte es in Deutschland und Europa keinen industriellen und wirtschaftlichen Fortschritt, hätte es kein Wirtschaftswunder gegeben. Die Montanunion war der Nukleus für unsere heutige Europäische Union. Sie war ein Eckpfeiler für das friedliche Zusammenwachsen der Völker und die wirtschaftliche Prosperität Europas. Zudem hat die Kohle das gesellschaftliche Miteinander in unserem Land nachhaltig geprägt. Dieses Erbe von Karl Arnold, Konrad Adenauer und Robert Schuman müssen wir als Europapartei CDU gerade in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, für die Zukunft bewahren. Es muss uns Ansporn sein, in Zukunft wieder mehr Europa zu wagen.

Bis heute und auch noch für die nächsten zwei Jahrzehnte wird die Kohle einen wichtigen Beitrag zur Energiegewinnung und zur sicheren Energieversorgung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen leisten. Mit dem Schließen des letzten Steinkohlenbergwerks Prosper Haniel in Bottrop im Dezember 2018 ist eine industrielle Ära Nordrhein-Westfalens zu Ende gegangen. Wir können stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, mit Weitsicht den Strukturwandel im Ruhrgebiet langfristig geplant und sozialverträglich gestaltet zu haben.

Weitsicht und Verlässlichkeit sind für uns auch die entscheidenden Prinzipien für die zukünftige Energiepolitik. Daran hat es in der Vergangenheit, gerade in Nordrhein-Westfalen, allzu oft gefehlt. Wer noch im Jahr 2016 eine Leitentscheidung für die zukünftige Braunkohlenplanung im Rheinischen Revier trifft, wie Rot-Grün, und sich davon verabschiedet, sobald er keine Regierungsverantwortung mehr trägt, der ist kein verlässlicher Partner für die Menschen in der Region, für die Beschäftigten und die Unternehmen.

Der Wille, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen, früher als bislang geplant im gesellschaftlichen Konsens aus der Kohleverstromung in Deutschland auszusteigen und den Strukturwandel aktiv im Sinne der Menschen in Angriff zu nehmen – das waren die Grundgedanken, mit denen sich die CDU Nordrhein-Westfalen und ihr Landesvorsitzender Armin Laschet für die Einsetzung einer Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ engagiert haben.

Mit dem am 26. Januar 2019 beschlossenen Abschlussbericht der WSB-Kommission, dem 27 von 28 Mitgliedern zugestimmt haben, liegt ein langfristig tragfähiges Konzept vor, das einen Fahrplan für den vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 liefert, der einen zentralen Beitrag für eine Energiewende ohne Strukturbrüche liefert: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz sind gleichberechtigte Eckpfeiler dieses Kompromisses. Nun kommt es darauf an, dass dieses Gesamtkonzept und nicht nur einzelne Teile davon umgesetzt werden. Deshalb fordert die CDU Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung auf, zügig und verlässlich die Ergebnisse der WSB-Kommission umzusetzen und insbesondere die für die nächsten 20 Jahre erforderlichen Strukturhilfen bereitzustellen.

Der Umbau des Energiesystems stellt gerade Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen, vor allem das Rheinische Revier, aber auch die bestehenden Standorte von Steinkohlekraftwerken im Ruhrgebiet. Es war die CDU Nordrhein-Westfalen, die dafür gesorgt hat, dass die Empfehlungen der WSB-Kommission auch die Kraftwerksstandorte im Ruhrgebiet miteinschließen.

Die Leitbilder, Konzepte und Projekte, die die NRW-Koalition gemeinsam mit der Region Rheinisches Revier entwickelt hat und die Eingang in den Abschlussbericht der Kommission gefunden haben, bieten alle Chancen, das Rheinische Revier zu einer Modellregion für die gelungene Energiewende und zu einer Innovationsregion im Herzen Europas zu machen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung und die NRW-Koalition auf, sich für eine rasche, vollständige Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ durch die Bundesregierung einzusetzen und auf dieser Basis Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter und Gestalter der Energiewende zu machen.